

## EZB und Staatsfinanzierung

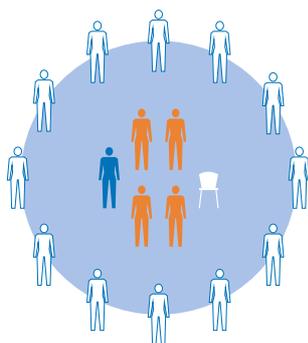
### ARBEITSVORSCHLAG: FISH-BOWL-DEBATTE

1. Lesen Sie das Streitgespräch aus der Süddeutschen Zeitung (M1). Fassen Sie die Argumente der drei Beteiligten in Stichworten zusammen und finden Sie eine passende Überschrift oder ein Motto zu jeder Position.

2. Wählen Sie eine der drei Positionen und bilden Sie eine entsprechende Gruppe mit anderen, die sich ähnlich entschieden haben. Sammeln Sie auf der Basis des Streitgesprächs Argumente für Ihre Position, wählen Sie einen passenden Zusatztext für Ihre Gruppe aus (M 2-4) und ergänzen Sie eigene Ideen. Bereiten Sie sich auf eine Diskussion der folgenden Fragen vor und notieren Sie dazu Stichworte:

- Wie beurteilen Sie das derzeitige Wirtschaftssystem? Mit welchen Argumenten stützen Sie dieses Urteil?
- Was soll Ihrer Meinung nach eine Zentralbank leisten, was ist ihre zentrale Aufgabe?
- Was denken Sie über »monetäre Staatsfinanzierung«? Soll eine Zentralbank direkt Kredite an Staaten vergeben? Welche Vor- oder Nachteile hätte das aus Ihrer Sicht?
- Was spricht aus Ihrer Sicht dafür oder dagegen, dass Staaten Kredite am Markt, also bei Banken aufnehmen?
- Soll eine Zentralbank politisch unabhängig sein? Wie beurteilen Sie das Verhältnis von Zentralbank und Demokratie?

Wählen Sie eine\_n Vertreter\_in Ihrer Gruppe für eine Diskussion im Fish-Bowl. \_\_\_\_\_



### FISH-BOWL (AQUARIUM, AUSSENKREIS-INNENKREIS)

Die Fish-Bowl-Debatte ist ein kommunikatives Verfahren, um Argumente oder Gruppenarbeitsergebnisse lebhaft auszutauschen. Es eignet sich besonders, um kontroverse Diskussionen zu führen, zu beobachten und auszuwerten. Durch den Aufbau der Stühle als Innen- und Außenkreis mit einem freien Stuhl im inneren Kreis haben alle Lernenden die Möglichkeit, an der Diskussion teilzunehmen.

#### Vorgehen:

Die Teilnehmer\_innen bereiten auf Basis ausgewählter Materialien die Position ihrer Gruppe in der Diskussion vor. Eine Moderation sowie je ein\_e Vertreter\_in pro Interessengruppe werden gewählt, welche\_r in der Diskussion mit möglichst verlässlichen (belegbaren) fachlichen Argumenten die Position der jeweiligen Gruppe überzeugend vertritt. Die Vertreter\_innen der Gruppen und die Moderation nehmen im inneren Sitzkreis Platz, in dem auch ein freier Stuhl stehen bleibt. Das Publikum platziert sich in einem äußeren Sitzkreis um den inneren herum und hat jederzeit die Möglichkeit, den freien Stuhl im Innenkreis zu besetzen und sich somit in die Diskussion einzubringen. Nach einem Redebeitrag nimmt die Person ihren Platz im Publikum ein, sodass der Stuhl im inneren Kreis wieder frei ist. Es besteht keine strenge Abfolge der Redebeiträge, die Moderation hat die Aufgabe, die Diskussion zu eröffnen und ggf. zu leiten und zu strukturieren.

Anschließend folgt idealerweise eine Reflexionsphase, in der die verschiedenen Argumente ausgewertet und der Ablauf der Diskussion reflektiert werden. Welche Argumente waren am überzeugendsten, welche wurden nicht genannt? Inwiefern wurden Veränderungen im Meinungsbild der Gruppen oder des Publikums herbeigeführt? Wurde ein Konsens gebildet oder stehen sich die Gruppen immer noch gegenüber? Hatten alle Beiträge die gleiche Relevanz oder gab es Machtungleichgewichte während der Anhörung?

**M1 Streitgespräch zwischen Benoît Cœuré, Mitglied des EZB-Direktoriums, Werner Rätz (Attac) und Mischa Aschmoneit (Blockupy)**

1 [...] **Herr Rätz, was stört Sie an der EZB am stärksten?**

2 **RÄTZ:** Uns stört die Rolle der EZB im Rahmen  
3 der Troika. Zusammen mit dem Internationalen  
4 Währungsfonds (IWF) und der EU-Kommission  
5 hat die EZB eine Politik betrieben, die zu dra-  
6 matischen Folgen in den Krisenländern führte,  
7 zum Teil sind die Folgen tödlich. In Spanien sind  
8 400.000 Menschen aus ihren Wohnungen vertrie-  
9 ben worden, in Griechenland hat fast ein Drittel  
10 der Bevölkerung keinen Zugang mehr zum Ge-  
11 sundheitssystem und 40 Prozent der Menschen  
12 dort sind arm. Das steht alles nachweisbar mit  
13 der Troika-Politik im Zusammenhang. Da ist es  
14 ein bisschen billig zu sagen, dass die EZB nur das  
15 Beste will. Ich glaube Ihnen das als Person, Herr  
16 Cœuré, aber die EZB trägt zur Spaltung, nicht  
17 zum Zusammenhalt Europas bei.

18 **CŒURÉ:** Lassen Sie uns sorgfältig unterscheiden  
19 zwischen unserer Kernaufgabe, der Geldpolitik,  
20 und unserer Rolle in der Troika. Die EZB hat seit  
21 2007 viele geldpolitische Entscheidungen getrof-  
22 fen mit dem Ziel, das Wirtschaftswachstum in der  
23 Eurozone zu stärken und dabei die Preisstabilität  
24 wieder herzustellen. Das hat viele Europäer vor  
25 Armut bewahrt. Als Teil der Troika haben wir  
26 nichts entschieden. Wir haben Eurogruppe und  
27 EU-Kommission beraten, und zwar in Fragen,  
28 in denen wir die technische Kompetenz haben,  
29 insbesondere Finanzmarktstabilität, Bankenrefor-  
30 men und makroökonomische Ungleichgewichte.  
31 Die Entscheidungen haben die Länder getroffen,  
32 die Geld bekommen haben, mit ihren jeweiligen  
33 demokratischen Verfahren, und die Euro-Gruppe,  
34 die das Geld bereitgestellt hat.

35 **Sie verstecken sich hinter der Beraterrolle. Die hätten Sie auch ablehnen können.**

36 **CŒURÉ:** Tatsächlich hat uns niemand gezwun-  
37 gen, die EZB ist unabhängig. Aber wir meinen,  
38 es war im kollektiven Interesse, diese Reform-  
39 maßnahmen zu empfehlen, auch um den Effekt  
40 unserer geldpolitischen Entscheidungen zu maxi-  
41 mieren. Wir stehen dazu.

42 **ASCHMONEIT:** Der IWF, der ja nicht für Links-  
43 radikalität bekannt ist, sagt, dass Sparen der fal-  
44 sche Weg ist. Es gibt viel zu wenige Investitionen.  
45 Die Internationale Arbeitsorganisation ILO sagt,  
46 dass die Arbeitslosenrate im Euroraum massiv ge-  
47 stiegen und ein Viertel der Gesamtbevölkerung  
48 akut von Armut bedroht ist. Die EZB produziert  
49 Krisenverlierer und Krisengewinner. Letztes Jahr  
50 ist das Vermögen der Reichen in Westeuropa um

51 5,2 Prozent gestiegen. Der US-Investor Warren  
52 Buffet hat gesagt, es herrsche Klassenkrieg, und  
53 es sei seine Klasse, die der Reichen, die gewinne.  
54 Ihre Politik, Herr Cœuré ist darauf ausgerichtet,  
55 große Teile der Bevölkerung zu verarmen und die  
56 Profite der Wenigen zu sichern.

57 **CŒURÉ:** Unsere Adressaten sind nicht die Rei-  
58 chen, sondern die Bürger Europas. Die EZB muss  
59 für alles, was sie tut, vor dem Europäischen Par-  
60 lament Rechenschaft ablegen, und dieses Parla-  
61 ment ist von den Bürgern direkt gewählt. Wir sind  
62 nicht dafür zuständig, die Einkommensverteilung  
63 in Europa zu verändern. Das ist die Aufgabe der  
64 Politik, deshalb haben wir politische Parteien, die  
65 darüber streiten, wie Einkommen unverteilt wer-  
66 den sollen. Wenn wir eine bestimmte Einkom-  
67 mensverteilung anstreben würden, wäre das ein  
68 klarer Verstoß gegen unser Mandat. Das sollten  
69 wir lassen.

70 **RÄTZ:** Es geht der EZB nicht um die Bürger  
71 Europas. Die werden auch nicht gefragt. Nehmen  
72 wir Griechenland. Seit 2010 ist die Wirtschaft  
73 dort um 25 Prozent eingebrochen. Im laufen-  
74 den Jahr erwartet man 0,7 Prozent Wachstum.  
75 Das ist extrem wenig. Wir werden die Erholung  
76 Griechenlands nicht mehr erleben. Die Troika-  
77 Empfehlungen werden dem Volk nicht vorgelegt,  
78 obwohl die Maßnahmen tief eingreifen in die Ge-  
79 sellschaft: Die Gehälter und Renten werden ge-  
80 senkt, die Arbeitslosenversicherung gekürzt, die  
81 Krankenhausversorgung verschlechtert. Das ist  
82 keine Politik für die Bevölkerung, das ist Politik  
83 für die Banken.

84 **CŒURÉ:** Wir haben die Troika-Beschlüsse aus  
85 guten Gründen unterstützt, denn wir reden von  
86 Staaten, die sich am Finanzmarkt riesige Geld-  
87 summen geliehen haben, weil die Steuerein-  
88 nahmen nicht reichten. Griechenland, Portugal,  
89 Irland und Zypern haben zu viel Geld ausgege-  
90 ben. Dann gab der Markt plötzlich keinen Kredit  
91 mehr. Ohne die Hilfen seitens der EU und des  
92 IWF wäre es in diesen Staaten viel schlimmer ge-  
93 worden – vor allem für die armen Bürger. Denn  
94 dann hätten die Staaten über Nacht ihre Ausgabe-  
95 den Einnahmen anpassen müssen. In 2010 etwa  
96 hätte in Griechenland ein Primärdefizit von 10,5  
97 Prozent sofort ausgeglichen werden müssen. Die  
98 sozialen Verluste wären also viel höher gewesen als  
99 durch die Reformprogramme.

100 **Herr Aschmoneit, was hätte die EZB stattdessen tun sollen?**

101 **ASCHMONEIT:** Es geht weniger um die EZB.

105 Das ist ein Systemversagen. Der Kapitalismus ist  
 nicht in der Lage, den gemeinschaftlich erwirt-  
 schafteten Reichtum so zu verteilen, dass die Be-  
 dürfnisse der Bürger befriedigt werden können.  
 Nicht einmal die Bürger, die arbeiten, haben ge-  
 110 nug. Manche Menschen haben drei Jobs und sind  
 trotzdem arm. Deshalb muss das kapitalistische  
 System überwunden werden. Wir treten für eine  
 Vergesellschaftung der Produktionsmittel ein.

**Das hat schon einmal nicht geklappt.**

115 **ASCHMONEIT:** Die Vermögen der Reichen  
 wachsen, den Armen wird genommen – auch  
 durch die EZB. Manche Menschen nehmen sich  
 aus Verzweiflung den Strick. In Griechenland hat  
 sich die Selbstmordrate verdreifacht. Wir erinnern  
 120 uns an den Brief, den die EZB 2011 an die italia-  
 nische Regierung geschickt hat. Die EZB drohte,  
 das Ankaufprogramm für Staatsanleihen zu stop-  
 pen, wenn die italienische Regierung nicht sofort  
 parieren würde. Das war ein Erpressungsversuch.

125 **CŒURÉ:** Die EZB erpresst niemanden. Der  
 angesprochene Fall hing mit dem Staatsanleihen-  
 Kaufprogramm SMP zusammen. Der EZB ging  
 es darum zu sagen, dass unsere Geldpolitik nur  
 wirken kann, wenn die Regierungen Reformen  
 130 machen, die an die Wurzeln der Krise gehen.  
 Wenn das nicht gegeben ist, kann keine geldpoli-  
 tische Maßnahme die gewünschten Effekte haben.

**ASCHMONEIT:** Das nennt man das Vorzeigen  
 der Folterinstrumente. Dieser Erpressungsversuch  
 135 ist nur Teil der kleinen Schweinereien. Im Großen  
 geht es uns darum, das Wirtschafts- und Gesell-  
 schaftssystem zu ändern. Drunter geht es nicht.

**RÄTZ:** Aber auch im Rahmen des bestehenden  
 Wirtschaftssystems hätte die EZB Handlungsalter-  
 140 nativen. Manchmal nutzt sie ja ihre Freiheit durch  
 ein kreatives Interpretieren der Verträge, etwa  
 beim Rettungsprogramm OMT. Doch wenn es  
 um das Wohlergehen der Menschen geht, dann  
 bleibt die EZB stur. Herr Cœuré, geben Sie das  
 145 Geld nicht den insolventen Banken. Legen Sie ein  
 Investitionsprogramm für die soziale Absicherung  
 auf!

**CŒURÉ:** Zunächst zur Äußerung von Herrn  
 Rätz. Das ganz eng gefasste primäre Ziel der EZB  
 150 ist es, die Preise in der Eurozone stabil zu halten.  
 Um dieses Ziel zu erreichen, gibt es sehr viele ver-  
 schiedene Instrumente, die wir je nach Situation  
 eingesetzt haben. Die EZB kann ihre Instrumente  
 selbst auswählen, aber sie darf den Vertrag nicht  
 155 neu interpretieren.

Jetzt zum Thema Kapitalismus: Ich respek-  
 tie ihre Überzeugung, Herr Aschmoneit, aber das  
 ist ein Thema, das außerhalb der Verantwortung  
 der EZB liegt. Wir arbeiten in einem Umfeld von

160 Verträgen, nach denen Europa als soziale Markt-  
 wirtschaft gestaltet ist, und diesen Verträgen ha-  
 ben die europäischen Wähler zugestimmt. In die-  
 ser Marktwirtschaft arbeitet die EZB.

**Was ist Ihre persönliche Meinung zum  
 165 Kapitalismus?**

**CŒURÉ:** Mit dem Kapitalismus verhält es sich  
 meiner Meinung nach so, wie es der frühere bri-  
 tische Premier Winston Churchill über die De-  
 mokratie gesagt hat: Es ist das schlechteste aller  
 170 Systeme, abgesehen von all denen, die bislang aus-  
 probiert wurden. Der Kapitalismus kann sehr ge-  
 fährlich und brutal sein und die Märkte haben die  
 Finanzkrise ausgelöst. Deshalb braucht man stren-  
 ge und genau kontrollierte Regeln, damit der Ka-  
 175 pitalismus funktioniert. Die Marktwirtschaft hat  
 in den vergangenen 40 Jahren hunderten Millio-  
 nen Menschen den Sprung aus der Armut ermög-  
 licht. In Europa haben wir politische Institutionen,  
 die dem Markt Regeln setzen können. Das ist auf  
 globaler Ebene allerdings nicht so: Da haben wir  
 180 zwar globale Marktwirtschaft, aber keine globalen  
 Institutionen. Es ist der große Wert von Europa,  
 dass wir diese Kontrolle über die Marktwirtschaft  
 haben und das sollten wir nutzen.

**RÄTZ:** Das stimmt doch nicht. Sie regulieren  
 den Kapitalismus doch nicht. Sie schaffen immer  
 mehr Freiräume für den Kapitalismus. Sie greifen  
 zum Beispiel mit dem Memorandum für Grie-  
 chenland massiv in die Rechte auf Gesundheits-  
 190 versorgung und Tarifautonomie ein. Ich habe kei-  
 ne Stellungnahme der EZB gelesen, in der stünde,  
 dass sich Europa mehr um die Regulierung des  
 Kapitalismus kümmern müsste. Ich akzeptiere  
 aber, dass die EZB in einer schwierigen vertragli-  
 195 chen Situation ist. Ihr Mandat ist zu eng auf Geld-  
 wertstabilität ausgerichtet. Die EZB sollte Staaten  
 finanzieren können. Allerdings ist die EZB un-  
 abhängig und entzieht sich damit demokratischer  
 Kontrolle. Die EZB könnte selbst einen Vorschlag  
 200 machen, wie sie sich besser demokratischer Kon-  
 trolle unterwerfen könnte.

**CŒURÉ:** Bei der Staatsfinanzierung ist die Ant-  
 wort einfach: Die Verträge verbieten uns eine sol-  
 che Rolle. Ich persönlich glaube, dass es keine gute  
 205 Idee ist, den Regierungen Zugang zur Notenpresse  
 zu geben, wenn man eine stabile Währung haben  
 möchte. Das hat die Geschichte gezeigt. Staatliche  
 Ausgaben müssen aus Steuereinnahmen bezahlt  
 werden, entweder heute oder später – und die  
 210 Entscheidung, wer wie viel Steuern zahlen muss,  
 müssen die nationalen Parlamente treffen. Wenn  
 Geldpolitik zur Finanzierung von Regierungen  
 benutzt wird, geht die demokratische Kontrolle  
 über diese Schlüsselfrage verloren. Zu Ihrem

215 zweiten Punkt: Je unabhängiger eine Institution ist, desto mehr Rechenschaft sollte sie ablegen.  
 Wir haben dabei schon viele Fortschritte gemacht.  
 Wir sprechen jedes Quartal vor dem Europäischen Parlament, wir arbeiten daran die Protokolle unserer Ratsitzungen zu veröffentlichen, wir pflegen  
 220 einen intensiven Dialog mit verschiedenen Stakeholdern in allen europäischen Ländern. Ich habe kürzlich mit Gewerkschaften in Portugal über das dortige Anpassungsprogramm gesprochen und  
 225 gemeinsam mit dem EZB-Präsidenten den griechischen Oppositionsführer, Herrn Tsipras getroffen, der nun nicht direkt unsere Meinungen teilt.  
 Es ist wichtig, dass wir auch mit jenen sprechen, die anders denken als wir.

230 **RÄTZ:** Die Verschuldung der europäischen Staaten ist untragbar. Es gibt da kein Rauswachsen oder Raussparen. Warum nimmt die EZB keine aktivere Rolle ein und schlägt Schuldenschnitte vor, etwa nach dem Vorbild der Londoner Schuldenkonferenz nach dem Zweiten Weltkrieg?

235 **CEURÉ:** Die EZB hat sich nie für Schuldenschnitte von Staaten ausgesprochen, weil das Ansteckungseffekte in anderen Ländern haben kann und das langfristige Vertrauen der Investoren  
 240 beeinträchtigt wird. Wir reden über Staaten, die den Marktzugang bewahren oder wieder erlangen müssen. Anders sieht das mit Schuldenschnitten bei Banken aus: Ich bin sehr dafür, dass die Gläubiger von Banken im Ernstfall auf ihr Geld

240 verzichten müssen, um den Steuerzahler vor Verlusten zu schützen.

**ASCHMONEIT:** Die EZB stellt Preisstabilität her, indem sie die Bevölkerung Südeuropas so sehr verarmen lässt, dass sie kaum noch etwas kaufen kann. Die neoliberale Politik muss aufhören.  
 245 Selbst in kapitalistischer Logik könnten Sie in Richtung Marshallplan gehen, sprich, Sie müssten die betroffenen Länder unterstützen und investieren statt sie kaputt zu sparen. Ihre Politik zerstört die Gesellschaften in Europa, das spiegelt sich  
 250 auch in der EU-Wahl wieder: Die rassistischen Tendenzen nehmen in vielen EU-Ländern zu. Auf dieser Basis wird die Arbeit, die Sie bisher machen, nicht mehr möglich sein. Sie werden es beenden  
 255 müssen – so oder so.

**CEURÉ:** Wir glauben, dass es notwendig ist, dass die Staaten Strukturreformen zugunsten nachhaltigen Wachstums durchführen. Aber ich stimme in einem Punkt zu: Wir brauchen mehr  
 260 Investitionen in Europa. Die Investitionen sind in der Krise zu stark zurückgegangen, aber sie sind für die Zukunft der Menschen wichtig. Das ist aber nicht nur die Aufgabe der Staaten, die bei ihren Ausgaben Investitionen Priorität einräumen  
 265 sollten, sondern auch des privaten Sektors. Die Staaten müssen die Rahmenbedingungen schaffen, um private Investitionen anzuregen. ■ Quelle:

*Süddeutsche Zeitung vom 28.06.2014*



Go-In-Aktion: Attac-Aktive versuchen im Juli 2015 in die Europäische Zentralbank zu gelangen um EZB-Präsident Mario Draghi zu sprechen  
 Foto: Attac

## M2 Perspektive Marktwirtschaft

### 1 Monetäre Staatsfinanzierung ist verboten

1 Aufruf von 136 Ökonomen zur Währungspolitik der  
EZB

5 [...] Artikel 123 des Vertrages über die Arbeits-  
weise der Europäischen Union untersagt der  
EZB [...] eine monetäre Staatsfinanzierung der  
Mitgliedstaaten [...]. Anleihekäufe im Sekun-  
därmarkt sind nur zulässig, wenn sie nicht der  
10 monetären Staatsfinanzierung, sondern geldpoli-  
tischen Zielen dienen. [...] Die monetäre Staats-

finanzierung ist zu Recht verboten, weil sie die  
Unabhängigkeit der Zentralbank gefährdet. Die  
Zentralbank soll das Preisniveau stabil halten. Es  
15 ist nicht ihre Aufgabe, die Risikoprämien zu ver-  
ringern, die die Mitgliedstaaten auf ihre Anleihen  
am Markt zahlen müssen. [...] Sie sollte dagegen  
unabhängig von der Politik sein. Das ist sie aber  
nicht, wenn sie sich bereit findet, durch Anlei-  
20 hekäufe die Haushaltsdefizite der Mitgliedstaaten  
zu finanzieren. ■ Quelle: Der Aufruf erschien zuerst in der *Frankfurter*

*Allgemeinen Zeitung* vom 11.9.2013

## M3 Perspektive wirtschafts- politische Alternativen

### 1 Direktfinanzierung der Staaten durch die EZB

Das Verbot der Staatsfinanzierung durch die Eu-  
ropäische Zentralbank (EZB) sollte aufgehoben  
5 werden. So könnten die Zinssätze der EZB direkt  
durchgereicht werden. Die EZB gibt bisher den  
Banken billige Kredite (zur Zeit für unter 1%),  
um den Kreditmarkt liquide zu halten. Diese ver-  
geben Kredite an die Krisenstaaten jedoch nur mit  
10 mehreren Prozent Aufschlag (für Spanien zur Zeit  
bis zu 7%). Je höher die Zinssätze, desto schwerer

wird es für die Krisenstaaten, sich zu entschulden.  
Die direkte Kreditvergabe an den Staat, die in der  
EU verboten ist, ist in den meisten Staaten der  
15 Welt eine selbstverständliche Option. Großbritan-  
nien und die USA haben zum Beispiel erhebliche  
Teile des Konjunkturprogramms 2009 durch die  
Notenbank finanziert. Solche Maßnahmen lösen  
nicht zwingend eine Inflation aus. Die Menge des  
20 zirkulierenden Geldes muss nur der Menge der zu  
verteilenden Waren angemessen sein. ■ Quelle: Vorschlä-  
ge der Attac-AG Finanzmärkte und Steuern vom 26.06.2013

## M4 Perspektive Kapitalismuskritik Zentralbanken und Kapitalismus

1 [...] Über die Geldzirkulation wird die Verteilung  
der gesellschaftlichen Arbeit geregelt, die Voraus-  
setzung für die Befriedigung der gesellschaftlichen  
Bedürfnisse ist. Daher ist es notwendig, die EZB  
5 und die nationalen Zentralbanken unter demo-  
kratische Kontrolle zu bringen. Die Geldpolitik  
der EZB darf nicht mehr einseitig auf das Ziel der  
Preisstabilität ausgerichtet werden. Die EZB muss  
das Recht erhalten, an Staaten direkt Kredite zu  
10 vergeben. [...] Eine demokratische Kontrolle der  
Zentralbanken wird allerdings nicht ausreichen,  
um die Geldzirkulation an den gesellschaftlichen  
Bedürfnissen auszurichten, solange die Kredit-  
vergabe der Banken ausschließlich Profitmotiven

15 folgt. Auch demokratisch kontrollierte Zentral-  
banken können ein System privater Banken, die  
in Konkurrenz zueinander stehen, nicht steuern.  
[...] Notwendig wäre also eine Vergesellschaftung  
nicht nur des Finanzsektors, sondern aller kapita-  
20 listischen Unternehmen. Dies würde bedeuten,  
dass die Lohnabhängigen sich die Produktions-  
mittel aneignen und selbst kollektiv entscheiden,  
was und wie produziert wird. [...] Dies wäre das  
Ende der Zentralbanken und der Geldwirtschaft  
25 insgesamt. ■ Quelle: Thomas Sablowski, Etienne Schneider: *Verarmung*  
*Made in Frankfurt/M. Die Europäische Zentralbank in der Krise.* Rosa-Luxemburg-  
Stiftung Standpunkte 6/2013